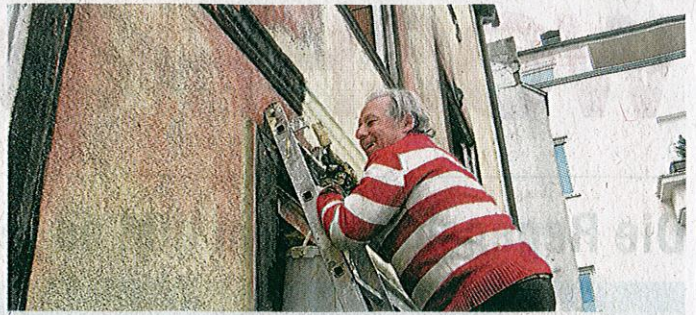




Horror-Haus in der Grasgasse: Weil sie keine Kühlschränke haben, lagern die Bewohner Lebensmittel auf dem Fenstersims.

Foto: Eckl



„Hausverwalter“ Erhard Adler reagierte krass auf die Vorwürfe, im Haus in der Grasgasse herrschten unhaltbare Zustände.

Foto: Archiv

Horror-Haus: Adler wirft die Südosteuropäer einfach raus!

Kochen am Balkon, Autobatterie für den Strom: Menschen in Not ausgepresst

Von Christian Eckl

Regensburg. Die Situation in einem der Horror-Häuser in Regensburg ist aufgrund des Wochenblatt-Artikels eskaliert. Dieser Zeitung wurde ein Geheft von Erhard Adler ausgehändigt. Der Mann, der früher mit einem Eisenbahnzug Touristen durch Regensburg kutscherte, ist nach eigenen Angaben Hausverwalter eines der Häuser, gegen das die Grünen und die Stadt Regensburg vorgehen. Auf dem Papier hatte Adler sowohl die Wohnadresse der Grünen-Stadträtin Margit Kunc, als auch des Wochenblattes veröffentlicht. „Damit die Leute wissen, wohin sie sich wenden können, wenn sie eine Wohnung brauchen oder Ihnen die Scheibe einschlagen“, sagte Adler bei der Übergabe des Papiers.

Folgendes ist geschehen: Adler-Tochter Mandy besitzt ein Haus in der Grasgasse. Neben einem weiteren Gebäude in der Keplerstraße, aber auch in der

Donaustauerstraße, die nicht den Adlers gehören, ist dieses im Visier der Behörden. Denn unter menschenunwürdigen Bedingungen vermieten Geschäftemacher hier Wohnraum, den man als solchen fast gar nicht bezeichnen kann, an Menschen aus Südosteuropa. Die sind als Tagelöhner in Regensburg, versuchen sich, mit einem Job am Hafen über Wasser zu halten. Viele bringen ihre Familie aus Bulgarien oder Rumänien mit – die EU-Freizügigkeit macht das möglich. Doch in den Häusern herrschen Zustände, die kaum tragbar sind: Als Stromquelle etwa werden Autobatterien genutzt, eine Heizung gab es bis vor kurzem nicht, bis die Stadt Adler dazu zwang, die Räume zu beheizen. Für wenige Quadratmeter werden bis zu 400 Euro fällig. Adler findet das nicht viel: „Die dürfen sogar die Möbel mitnehmen, wenn sie ausziehen.“ Er kaufe gebrauchte Möbel ein und stelle sie ins Haus.

Doch nach dem Wochenblatt-Artikel hat er nun alle Mieter auf die Straße gesetzt, sie sollen am 15. März ausziehen, dann will er die Schlösser austauschen. Nachhaltig entsetzt ist Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer.

Sie sagt: „Wir sind seit einem Jahr in Kontakt mit Familien, die Kinder haben und in diesem Haus leben.“ Die Notwohnungen dürfe die Stadt den Menschen nicht zur Verfügung stellen, „denn sie sind rechtlich nicht als Obdachlose zu behandeln, weil sie aus dem EU-Inland sind.“

Am Montag fand vor Ort nochmals eine Wohnungsbesichtigung in der Grasgasse statt. Das Ergebnis der Begehung ist nicht bekannt, allerdings sieht nun offenbar sogar Oberbürgermeister Joachim Wolbergs Handlungsbedarf.

Wolbergs: Familien in Notunterkünfte gebracht

Seine Sprecherin teilte mit: „OB Joachim Wolbergs entschied, den zwei Familien mit Kindern im Alter von zehn und zwölf Jahren folgendes Angebot zu unterbreiten: Sie können übergangsweise in die Notunterkunft in der Aussiger Straße ziehen. Damit kommt die Stadt ihrer Schutzfunktion gegenüber den Kindern nach Kinder- und Jugendhilfegesetz nach.“ Die Stadt will so verhindern, dass die Familien auf der Straße stehen. Doch was ist mit den ande-

ren? „Allen anderen Mietern bzw. EU-Bürgern kann die Stadt keinen Wohnraum zur Verfügung stellen“, so die Stadtsprecherin. Adler versucht nun offenbar, sich selbst als den Guten hinzustellen, der ja nur armen Menschen ein Dach über dem Kopf bietet. In der Tat ist es so, dass die nun gekündigten Bulgaren und Rumänen kaum eine andere Bleibe finden werden. Sie hätten also die Autobatterien als Stromversorgung akzeptiert.

Zwischeneitlich wurde auch bekannt, dass noch bis zum letzten Jahr Drogenabhängige in den Wohnungen in der Adlergasse lebten, die von der Aids-Hilfe versorgt wurden. „Wir haben Spritzen dorthin gebracht, damit sich die Süchtigen nicht mit Krankheiten infizieren“, so ein Insider zum Wochenblatt. Doch von heute auf Morgen sei die Polizei gekommen und habe sie auf die Straße gesetzt, auf Anweisung der Stadt. Ist das wirklich so?

Die Stadtsprecherin dazu: „Die letzte Begehung des Bauordnungsamtes im November 2014 hat ergeben, dass eine Nutzungsuntersagung für das Gebäude nicht ausgesprochen werden kann.“ Eine verfahrenere Situation, so oder so ...